

Rückblick auf die 13. Jahresversammlung der Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Appenzellische Jahrbücher**

Band (Jahr): **90 (1962)**

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rückblick auf die 130. Jahresversammlung der Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft

Montag, den 5. November 1962 in Waldstatt
Beginn: 10.30 Uhr im Hotel «Bad Säntisblick»

Liebe Gemeinnützig!

Zur diesjährigen Tagung waren die Mitglieder der Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft nach dem schmucken Dorfe Waldstatt eingeladen. Die hinterländische Gemeinde präsentierte sich an diesem warmen Herbsttage in ihrer ganzen Freundlichkeit und ein leichter Föhn hatte den Säntis dem Auge in besonderer Pracht näher gerückt. Der Präsident, Alt-Bankdirektor Walter Preisig, eröffnete die Jahresversammlung mit einem herzlichen Willkomm an die über 90 erschienenen Gesellschaftsmitglieder und er begrüßte besonders die drei anwesenden Ehrenmitglieder, Frl. Clara Nef, Alt-Nationalrat A. Keller, Redaktor Dr. A. Bollinger, die Landammänner H. Kündig und J. Langenauer, die Regierungsräte E. Schwendinger, W. Hohl, H. Bänziger und R. Höhener, Alt-Regierungsrat J. Stricker aus Außerrhoden und Alt-Kantonsrichter L. Linherr aus Innerrhoden. Für unser Ehrenmitglied Pfarrer J. Böni, Bern, den verdienten ehemaligen Präsidenten, bedeutete es einen Verzicht, aus gesundheitlichen Gründen der Jahresversammlung fernbleiben zu müssen. Als Vertreter der Gemeinde Waldstatt konnte Gemeindehauptmann J. Frischknecht begrüßt werden. Es ist das fünftemal, daß die Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft ihre Jahresversammlung in Waldstatt hielt. Im Jahre 1837 referierte an der Tagung in dieser Gemeinde Landschreiber Hohl über die Branntweinpest, 1862 sprachen Salomon Zellweger über Bienenzucht und Seidenraupenzucht und Pfarrer Freuler über Volksschulbildung zwischen Schule und praktischem Leben, 1891 berichtete Pfarrer Sturzenegger über Berufsstände und Berufswahl und 1930 hielt Prof. Dr. Großmann ein Referat über Volkscharakter und Finanzgebaren. Zur heutigen Versammlung kann der Präsident als Referent Lehrer Jakob Altherr aus Herisau herzlich willkommen heißen. Er will zu uns sprechen über: Gedanken zur staatsbürgerlichen Erziehung.

Der Jahresbericht

Der aufschlußreiche Jahresbericht des Präsidenten orientiert zunächst über die Tätigkeit der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, die am 24./25. September 1962 in St.Gallen tagte. Aus ihren Rechnungen des Geschäftsjahres 1961/62 geht hervor, daß die Schweiz. Gemeinnützige Gesellschaft über ein Vermögen von 5 855 000 Fr. verfügt. Davon beansprucht

der Zentralfonds 364 000 Fr., während das übrige Kapital von 5 491 000 Fr. zur Hauptsache fünfzig, meist zweckgebundenen Fonds gehört. Der Zentralfonds verzeichnet an Einnahmen 370 000 Fr., wovon 281 000 Fr. auf Le-gate, Schenkungen und Kranzspenden zurückzuführen sind. Die Ausgaben betragen 369 000 Fr., worin 268 000 Fr. Überträge auf vier Fonds enthalten sind. An 46 verschiedene Institutionen wurden im Geschäftsjahre 240 000 Franken ausbezahlt. Vielleicht erfaßt auch unsere Gesellschaft einmal die Gelegenheit für einen bestimmten Zweck Mittel der SGG erhältlich zu machen. Der Mitgliederbestand der SGG hat sich im Jahre 1961/62 um 220 Mitglieder auf 8610 vermehrt. An der Jahresversammlung orientierte Prof. Dr. A. Bangerter die in der Sehschule anwesenden Teilnehmer über den Zweck der Sehschule im Kantonsspital St.Gallen, zu deren Zustandekommen seinerzeit auch unsere Gesellschaft in bescheidenem Maße mitgeholfen hatte. Am zweiten Tag sprach Prof. Dr. O. Jaag aus Zürich über «Gewässerschutz, ein Problem unserer Zeit». Die Versammlung richtete einen eindrücklichen Appell an die Bevölkerung, dieses Problem, das vordringlicher ist, als der Bau aller Nationalstraßen, vermehrte Beachtung zu schenken. Erfreulicherweise hat die Baudirektion von Appenzell A. Rh. schon seit längerer Zeit durch die Anstellung eines Gewässerschutz-Fachmannes die notwendigen Maßnahmen für die Behebung solcher Übelstände ergriffen.

Der Vorsitzende wies auch auf die Zeitschrift der Schweiz. Gemeinnützigen Gesellschaft hin, deren Redaktion er für die interessante Gestaltung sein Lob spendete. In dieser 7—8 mal des Jahres erscheinenden Zeitschrift wurde unlängst ein Referat von Dr. Ed. Rüegg, Zürich, wiedergegeben über «Soziale Arbeit in der veränderten Welt». Darin erfuhr man, daß im Jahre 1860 noch 58,7% der Bürger in ihrer Heimatgemeinde wohnten, 1950 waren es nur noch 28,7%. Mehr als ein Drittel aller Schweizer wohnt nicht mehr im Heimatkanton. Der vor Jahresfrist erfolgreich abgeschlossene Ausbau des Konkordates über die wohnörtliche Unterstützung war daher sehr am Platze. Er bringt dem Hilfsbedürftigen eine wesentliche, bessere Rechtsstellung und den beteiligten Behörden vereinfachte Arbeit. Eine Reihe ehemaliger Nichtkonkordatskantone sind dem Vertrage beigetreten, so daß heute nur noch die Kantone Zug, Appenzell A. Rh., Thurgau, Wallis und Genf abseits stehen. Es sind aber an unserer Armenpflegerkonferenz Studien gemacht worden, die zu einem Beitritt auch unseres Kantons zum Konkordat führen dürften.

Am 10. November 1962 wird die Schweiz. Stiftung Pro Juventute ihr 50-jähriges Bestehen feiern. In arbeitsreichen Jahren hat diese Institution durch ihre 190 Pro Juventute-Bezirke und das Zentralsekretariat an die 150 Millionen Franken für die Schweizerjugend ausgegeben, wovon allein 61 Millionen Fr. in den letzten zehn Jahren. Die Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft möchte der Pro Juventute zum 50jährigen Bestehen ebenfalls freundlich gratulieren und ihr für die Zukunft ein weiteres, segensreiches Wirken wünschen.

Die Landsgemeinde 1962 in Trogen hat die Beteiligung von Appenzell A. Rh. am Ostschweizerischen Säuglings- und Kinderspital in St.Gallen mit 240 000 Fr. mit großem Mehr zugestimmt. Appenzell I. Rh. trägt an die Ko-

sten 60 000 Fr. bei. Nachdem nun am 30. September d. J. auch der Kanton Thurgau 390 000 Fr. bewilligte, kann das Initiativkomitee mit dem Bau des Spitals beginnen. Wir freuen uns mit dem Initiativkomitee dieser Stiftung, daß dieses schon im Jahre 1956 aufgegriffene Werk nun positive Form annimmt.

Das Jahrbuch 1961 enthält als wertvolle Hauptarbeit: «Das appenzelische Wehrwesen im Lichte der Orts- und Flurnamen», verfaßt von Prof. Dr. St. Sonderegger, Herisau/Zürich. Aus der im Jahrbuch enthaltenen Jahresrechnung 1961 erwähnt der Präsident einige Zahlen. An Testaten durfte die AGG 11 003.90 Fr. und an Geschenken 3320 Fr. entgegennehmen. Mit 13 850 Fr. sind 45 Institutionen unterstützt worden. Als außerordentliche Beiträge kamen ferner 2 512.50 Fr. an sieben Heime und Gesellschaften zur Auszahlung. Bei den Abschlüssen der Rechnungen der Subkommission weist der Bericht auf die Defizite der kantonalen Berufsberatungsstelle für Mädchen von Appenzell A. Rh. hin, welche von der Appenzell A. Rh. Arbeitsgemeinschaft für den Hausdienst getragen werden müssen. Diese betragen 1958 = 1481 Fr., 1959 = 153 Fr., 1960 = 1023 Fr., 1961 = 1279 Franken. Bei der zunehmenden Arbeit und infolge der notwendig werden Anstellung einer neuen Berufsberaterin werden die Defizite eher noch wachsen und für die Arbeitsgemeinschaft allmählich untragbar. Es schwindet ihr Vermögen derart rasch, daß an eine Sanierung der Lage gedacht werden muß. Es sind Besprechungen mit der außerrhodischen Regierung im Gange, in denen versucht wird, die ganze finanzielle Seite der Berufsberatung für Mädchen auf einen andern Boden zu stellen. Finanziell trägt der Kanton die Berufsberatungsstelle für Jünglinge. Weibliche Arbeitskräfte werden aber heute ebenso rege gesucht wie männliche. Es darf daher als recht und billig betrachtet werden, wenn auch die weiblichen Berufsberatungsstelle unter die Fittiche des Kantons genommen, oder, sei es, daß die jährliche kantonale Subvention an die Arbeitsgemeinschaft der heutigen Lage angepaßt wird.

Seit unserer letzten Jahresversammlung hat unsere Gesellschaft 46 Mitglieder durch den Tod verloren. Die Versammlung gedenkt ihrer durch Erheben von den Sitzen. Unter den Heimgegangenen befinden sich die Witwe Anna Meier-Sonderegger in Heiden und F. Stadler, zur Rheinburg in Walzenhausen, die beide 67 Jahre der AGG die Treue hielten. Neueintritte sind 83 zu verzeichnen, von denen 35 auf Heiden, 11 auf Waldstatt und 10 auf Auswärtige entfallen. Dem Werbeleiter, Alt-Kantonsrat W. Bleiker und seinen getreuen Mitarbeitern in allen Gemeinden beider Halbkantone wird der beste Dank für ihre großen Bemühungen ausgesprochen. 24 Mitglieder sind 50 und mehr Jahre Mitglieder der AGG, 46 gehören 40—49 Jahre der Gesellschaft an. Mitglieder aus der Zeit des letzten Jahrhunderts sind Frau Rosa Müller, Herisau (1890), Frau Alt-Bundesrat Hanna Baumann, Bern (1896) und der Appenzellerverein Basel (1898).

Mit einem herzlichen Dank an alle Mitglieder, die der Gesellschaft in irgend einer Form dienten, schließt der Präsident seinen Jahresbericht. Der Vizepräsident, Pfarrer K. Stöckli, verdankt den farbigen Bericht, der Einblick in die Tätigkeit der Gesellschaft gewährt und die Versammlung genehmigt denselben einhellig.

Die übrigen Geschäfte

Das Protokoll über die Jahresversammlung vom 10. Oktober 1961 in Heiden wird genehmigt und verdankt.

Die Jahresrechnung pro 1961 weist bei 41 199.30 Fr. Einnahmen und 28 607.50 Fr. Ausgaben, Mehreinnahmen von 12 591.80 Fr. auf. Die Gesellschaftsvermögen hat sich um diese 12 591.80 Fr vermehrt und steht auf 331 767.51 Fr. Die Revisoren stellen in ihrem Berichte fest, daß die Kassaführung durch Herrn H. Rechsteiner in jeder Beziehung einwandfrei sei und sie beantragen die Genehmigung und Verdankung der tadellosen Arbeit des Kassiers, welchem Antrag die Versammlung gerne zustimmt.

Zu den vom Vorstand vorgeschlagenen Subventionen beantragt Dr. E. Wiesmann, Präsident der Appenzell A. Rh. Stiftung für Tuberkulosenfürsorge, eine Erhöhung an diese Institution von 750 Fr. auf 1000 Fr. Die Stiftung hat durch die Anstellung einer hauptamtlichen Fürsorgerin in der Person von Fräulein G. Niederer einen Mehraufwand zu tragen. Trotz dem Rückgang der Kranken in den Heilstätten ist durch die Fremdarbeiter eine bedeutende Zahl von Neuerkrankungen festzustellen. Mindestens die Hälfte der neuen Krankheitsfälle betrifft Fremdarbeiter. Die Legate Fritz und Hedwig Zürcher-Zuberbühler, denen der Beitrag entnommen wird, ertragen eine Erhöhung. Kassier H. Rechsteiner stellt fest, daß die bisherigen 750 Fr. für ein Freibett in Walenstadt gespendet wurden. Der Antrag Dr. Wiesmann wird gutgeheißen und die Versammlung beschließt Gesamtsubventionen an 46 Institutionen im Betrag von 14 150 Fr.

Beim Traktandum Wahlen verliert der Präsident das Rücktrittsschreiben von Pfarrer Karl Stöckli infolge seiner Wahl an eine Zürcher-Seege-meinde. Der Vorsitzende dankt dem Scheidenden herzlich für seine wertvolle Mitarbeit im Vorstände der AGG und wünscht ihm Befriedigung in seinem neuen Wirkungskreise. Erfreulicherweise will Pfarrer K. Stöckli als Mitglied der Gesellschaft mit ihr auch weiter verbunden bleiben. Als neues Vorstandsmitglied wird einmütig Pfarrer Hans Martin Walser in Teufen gewählt. Die verbleibenden Vorstandsmitglieder werden bestätigt. Präsident Walter Preisig, dem der Vizepräsident seine ausgezeichnete Geschäftsführung bestens verdankt und Kassier Hans Rechsteiner werden in ihrem Amte ebenfalls bestätigt. Anstelle des um die Gesellschaft verdienten Rechnungsrevisors Jakob Styger-Knöpfel in Stein besorgte Ober-richter Ernst Signer, Stein, zusammen mit Alt-Schulinspektor Paul Hunziker, Lenzerheide die Revision der Gesellschaftsrechnung. Herr Signer wird zum zweiten Revisor bestimmt. Als Ersatzmann wird Rudolf Styger, Teufen, ein Sohn des verstorbenen Jakob Styger-Knöpfel, gewählt. Die Wahlen in die Subkommission und weiterer notwendigen Revisoren werden dem Vorstand überlassen.

In der Umfrage sucht Sekundarlehrer Hans Buff, Herisau, der Verfasser der Landeschronik und der Gemeinde-Chronik des Hinterlandes einen Nachfolger für die Gemeindechronik.

Nach kurzer Pause geht man zum zweiten Teil der Tagung über:

Gedanken zur staatsbürgerlichen Erziehung

Der Referent, Lehrer Jakob Altherr in Herisau, weist darauf hin, daß Schulinspektor Adolf Scherrer an der Jahresversammlung 1936 als erfah-

rener Fachmann über dieses Thema gesprochen hat. Wenn er nun als junger Mann, der erst noch Erfahrungen sammeln muß, dieses Thema behandelt, so tut er es, weil er an der Schandmauer von Berlin erlebt hat, wie notwendig staatsbürgerliche Erziehung geworden ist und weil ihm als Bürger und Einheitskommandant das Problem als eines der brennendsten der Zeit erscheint. Er möchte einen Beitrag zur geistigen Landesverteidigung leisten.

Unser Land in der Welt

«Wir Europäer sind die einzigen, deren Geschichtsbild noch dasjenige aus der Zeit Vasco de Gama ist, der um 1498 den Seeweg um Afrika nach Indien entdeckt hat.» Dieser Feststellung eines englischen Historikers steht die Tatsache gegenüber, daß zwei außereuropäische Mächte die Führung der Weltpolitik übernommen haben, die USA und die UdSSR. In der gleichen Zeit begann die Befreiung der farbigen Völker. Es kann daher vom Ende der europäischen und vom Beginn des globalen Zeitalters gesprochen werden. Im 16. Jahrhundert brannte während Generationen im Schweizervolk ein Streit zwischen altem und neuem Glauben. Unsere Generation ist aufgefordert, jahrhundertealte politische Bilder zu reformieren, um zu einer Neuschau zu gelangen. Vor 450 Jahren begann die Beschränkung auf den Kleinstaat und die Entwicklung des Neutralitätsgedankens, die vor gut hundert Jahren die Krönung in der Schaffung des Bundesstaates erfuhr. Heute hat unser Land den Beitritt in eine europäische Gemeinschaft, vorerst in die wirtschaftliche Eingliederung, zu überprüfen. Einst Besinnung auf sich selbst, heute Beschränkung zu Gunsten eines europäischen Verbandes. Staatsbürgerliche Erziehung muß den Weg uns und der Gemeinschaft gegenüber weisen. Der verantwortungsbewußte Bürger wird seine Verpflichtung gegenüber der nationalen Gemeinschaft, aber auch gegenüber der weltweiten Völkerfamilie, zu erfüllen trachten.

Nationale Aufgaben

Im Jahre 1937 erklärte der Schweizerische Lehrerverein an einem Lehrertag in Luzern die staatsbürgerliche Erziehung als Schicksalsfrage des Landes. Es war die Zeit der Wirtschaftskrise am Vorabend des zweiten Weltenbrandes. Man verspürte die Bedeutung der staatsbürgerlichen Erziehung deutlicher, die Gefahr machte hellhöriger. So wurden vor und während des zweiten Weltkrieges beachtliche Anstrengungen zur Stärkung der geistigen Landesverteidigung unternommen. Aber dann freuten wir uns des Friedens, der trotz des Schweigens der Waffen aber nur ein Trugfriede war. Mehr und mehr erwachten wir dann aus der Friedenszuversicht bei der Erkenntnis, daß an geistigen, politischen und wirtschaftlichen Fronten ein ebenso harter Kampf entbrannt war. Wir leben im Zeitalter des totalen, kalten Krieges. Der Glaube, wir lebten im Frieden, ist ein Irrglaube, eine Selbsttäuschung. Jedermann ist aufgerufen zum Kampf: Zum Einsatz im weltweiten Ringen für Freiheit und ein Leben in Menschenwürde.

Viele Aufgaben harren einer Lösung durch die Bürger. Wir nennen u. a.: Schweiz und Europa auf wirtschaftlicher und politischer Ebene, Entwicklungshilfe, Verstärkung der Armee, Zivilschutz, Ausbau der Sozialleistungen, Fremdarbeiterproblem, Erhaltung einer lebensfähigen Landwirtschaft,

Mitspracherecht der Frau, Zudämmen des Grabens zwischen Welsch- und Deutschsprechenden, Gewässerschutz, Nationalstraßenbau, Landesplanung, Natur- und Heimatschutz. Unserer Generation ist aufgetragen, Lösungen zu suchen und zu finden, im Glauben an ein Weiterbestehen unserer Heimat. Es ist zugleich unser Beitrag im Kampfe zwischen zwei Welten: Hier der freien Welt — dort der Welt im Banne des Bolschewismus. Uns Schweizern, die wir gerne traditionsgebunden sind und folglich eher in der Rückschau denken, muß der Blick voraus zur Selbstverständlichkeit werden.

Persönliche Aufgaben

Jeder Mensch strebt nach möglichst großer innerer und äußerer Freiheit. Da er aber nicht als Einzelwesen, sondern in eine Gemeinschaft eingeordnet lebt, hat er auf viele Ansprüche zu verzichten. Je früher wir erfassen, daß wir trotz dieser Beschränkung als Einzelne dennoch über der staatlichen Organisation stehen, um so besser. Der Staat ist nie Selbstzweck, sondern ein Weg, das Zusammenleben im Menschen — im schweizerischen Falle auf genossenschaftlicher freiheitlicher Grundlage — zu gewährleisten. Dabei muß sich der Einzelne klar werden, daß es eine seiner größten Verantwortung ist, es nicht geschehen zu lassen, vom Staate seiner persönlichen Verantwortungen entbunden zu werden. In unserm Lande liegt die Staatsgewalt beim Volke. Ein gedeihliches Fortbestehen unseres Bundesstaates ist aber nur dann zu erwarten, wenn alle Teile des Volkes staatsbürgerlich empfinden, denken und handeln gelernt haben. Junge Bürger fühlen sich oft nicht mitverantwortlich, weil sie mit ihren Auffassungen zum Teil nicht ernst genommen werden. Oder es heißt, die «oberen Zehntausend», die Verbandsfunktionäre oder die Wirtschaftsführer usw. gestalten die Politik. Dieses Sichausklammern ist eine resignierte Verzichtleistung auf die Gestaltung des Staatsgefüges. Es fällt manchem jungen Bürger um so leichter, da er lieber materiellem Gewinn nachjagt. Dieses Streben nimmt viele Menschen so sehr in Anspruch, daß sie für die höheren Bedürfnisse ihrer selbst und der Gemeinschaft, und mithin auch für die Erhaltung der Freiheit immer weniger Zeit finden. Berufliche Tüchtigkeit in Ehren! Aber wohin steuerten wir, wenn es nicht eh und je Menschen gäbe, denen auch ideelle Ziele erstrebenswert scheinen? Warum sind Hingabe an eine Pflicht, das Dienen, das Helfen selten geworden?

Warum müssen solche Tugenden auf moderne Art populär gemacht werden? Zuleicht verfallen wir der Erreichung bloßer Tüchtigkeit im Arbeitsbereich und vergessen darob die Bildung der Herzenswärme und des Gemeinsinnes.

Die Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft

Staatsbürgerliche Erziehung darf nicht allein Pflicht von Elternhaus und Schule sein. Sie muß Anliegen des Volksganzen sein, denn jeder von uns ist Träger der Erziehung der jungen Generation. Wohl steht der Familie die Hauptverantwortung der Erziehung und Bildung der Jugend zu, aber sie wird stets mitgetragen durch uns alle, durch Schule, Kirche und Lehrmeister, durch gesellschaftliche Organisationen und die Gesellschaft als Ganzes. Wenn das Kind den engeren Bereich seiner Familie und Nachbarschaft verläßt, kommt es in der Schule in Berührung mit andern Kindern

aus Familien der verschiedensten Bekenntnisse, Weltanschauungen, politischen Richtungen, der unterschiedlichsten sozialen und beruflichen Schichtungen. Die Klassengemeinschaft kann es zu Verantwortlichkeitsgefühl, zu Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft miteziehen. Aber auch im Idealfalle kann die Schule nur einen Teil der Aufgabe lösen. Sie enthebt die andern Erziehungsträger nie ihrer Verantwortung. Staatsbürgerliche Erziehung ist Gesamterziehung, Charakterbildung. Sie weckt die Achtung vor den Mitmenschen, auch den andersartigen. Sie fordert Rücksichtnahme in Wort und Tat, sie trachtet nach moralischem Mut. Sie verlangt Gerechtigkeit; wo Unrecht geschieht, dürfen wir nicht schweigen. Sie lehrt Bescheidenheit in unsern Ansprüchen. Sie achtet Ritterlichkeit, mannhaftes Einstehen und Selbstdisziplin. Sie lehrt Gehorsam im täglichen Tun wie im religiösen Sinn. Sie spornt zur Ausdauer an, zum Durchhalten in kleinen Verrichtungen wie im Großen. Es ist Aufgabe des staatsbürgerlichen Unterrichtes, das Wissen um den Staat und die Rechtsordnung zu vermitteln. Der gute staatsbürgerliche Unterricht trägt auch dazu bei, Liebe zum Vaterlande zu wecken.

Schenken wir der staatsbürgerlichen Erziehung die nötige Aufmerksamkeit?

Unsere Jugend ist nicht schlecht oder verdorben, sie ist nur durch Umwelteinflüsse anders geworden. Sie fügt sich noch immer einer wohlwollend bestimmten, einer überlegten und überlegenen Führung. Ja, unsere Jugend will erzogen werden! Wenn wir zu unserer schweizerischen Staatsform Ja sagen, so müssen wir auch den Auftrag zur Erziehung unserer Jugend übernehmen. Unsere Staatsform fußt auf dem Willen zur Gemeinschaft. Wahre Gemeinschaft bleibt ein Ideal, erstrebenswert, nie voll erreichbar, aber gerade darum stets Aufgabe. Vorab junge Menschen in diese Aufgabe hineinwachsen zu lassen, ist und bleibt Leitlinie echter staatsbürgerlicher Erziehung.

Wie denkt unsere Jugend in staatsbürgerlichen Fragen?

Erkennt unsere heranwachsende Generation die Aufgaben, die ihr im Staate warten? Ein Aufsatzthema, anlässlich der schriftlichen pädagogischen Rekrutenprüfung: «Eine lebendige Demokratie verlangt aufgeschlossene Bürger», kann darüber Auskunft geben. Es wurde auf Anregung des Referenten den Rekruten der Frühlings- und Sommerrekrutenschule 1961 des Waffenplatzes Herisau unter sechsen zur Auswahl gestellt. Von 458 Jungsoldaten schrieben 37 oder 8% darüber. Über den Staat und das Verhältnis des Einzelnen zu ihm zu schreiben, liegt naturgemäß nur einer Minderheit. Die kritischen Äußerungen befaßten sich vielfach mit der Beteiligung an Abstimmungen als Gradmesser für die Aufgeschlossenheit. Prächtige Äußerungen junger Schweizer über die Pflichten und Rechte des Bürgers drücken sich in folgenden Sätzen aus: «Die junge Generation muß rechtzeitig herangezogen werden.» «Demokratie beruht auf der Urteilsfähigkeit und dem Verantwortungsbewußtsein jedes Einzelnen.» Eine in den Aufsätzen wiederholte Forderung lautet, Versäumtes sollte in den 17 Wochen Rekrutenschule nachgeholt werden. Doch wahre staatsbür-

gerliche Erziehung erträgt keine Schnellbleiche. Man darf erfreut sein, in den Äußerungen dieser Rekruten so viel gute Gedanken anzutreffen.

Staatsbürgerliche Erziehung ja oder nein?

Viele junge Menschen erkennen ihre Aufgabe zu spät oder erst nach innern Kämpfen, die Aufgabe nämlich, ein Herz zu haben für andere zu denken und zu empfinden, ein Herz zu haben für Mitmenschen einzustehen und notfalls zu handeln. Walten diese Herzensgaben nicht, wie werden da Frauen und Männer reif für die Gemeinschaft? Im Hineinwachsenlassen in die Verantwortung und im Wecken des Pflichtgefühls hat staatsbürgerliche Erziehung ihre Hauptaufgabe zu sehen.

Was Appenzellern wert sein mag, überdacht zu werden

1. Die Familie. «Im Hause muß beginnen, was leuchten soll im Vaterland!» Viele Familien aber sind in Gefahr. Die Sorge um Brot, Tuch und Dach nimmt den Vater voll in Anspruch, leider zu oft auch die Mutter. Mehr und mehr wird es zur Regel, daß die Mutter Verdienst außer dem Hause sucht; da fehlt den Kindern die Geborgenheit im Heim und Arbeitsbereich der Eltern. Wir müssen für eine Aufwertung der Familie in ihrer ureigensten Funktion sorgen. Möglichst vielen Eltern ihre Elternpflicht wieder bewußt zu machen, das ist eine nötige Aufgabe. Gerade im Zeichen der Arbeitsverkürzung müssen verantwortungsbewußte Frauen und Männer hinweisen, wie Familiengeist gepflegt und Familiensinn erhalten wird. Versuchen wir durch Elternschulung in Kursen, Vorträgen und Aussprachen diese Werte zu wecken.

2. Die Schule. Der Bericht des kantonalen Schulinspektors über die Zeit von 1952 bis 1959 stellt fest: «105 Lehrerwechsel bei total 145 Primarlehrstellen! Die Situation ist aber noch schlimmer. Häufig hatten sich Schulen bis zur Wahl eines Lehrers mit zahlreichen Aushilfen zu begnügen, die in den genannten Zahlen nicht inbegriffen sind. Dadurch war nicht nur der unterrichtliche Fortschritt in Frage gestellt. Unsere Bedenken wenden sich in erster Linie dem gestörten Erzieher/Zöglings-Verhältnis zu. Zu viele Kinder mußten die Stetigkeit vermissen. Noch lassen sich die Auswirkungen dieser außergewöhnlichen Verhältnisse nicht überblicken.» Was not tut, ist, daß das Appenzellervolk zu seiner Schule steht und sie trägt. Dann werden sich auch vermehrt junge Leute zum schönen Lehrerberuf entschließen.

3. Das Dienen. In den Kriegs- und Nachkriegsjahren wurden die Jugendlichen zum Landdienst aufgeboten. Wo sind die Lehrmeister und Schulleiter, die heute Mädchen und Burschen in den Landdienst schicken? Der Gewinn, den Bauern und Helfer aus der Begegnung ziehen, zählt viel, auch wenn die reine Arbeitsleistung der Jungen bescheiden ist. Möchten doch mehr Eltern ihren Töchtern ein Haushaltjahr und ein halbes oder Vierteljahr Pflege von Kranken oder Alten zugestehen! Lassen wir die Jugend ob dem Verdienen das Dienen nicht vergessen und werten wir die zwischenmenschliche Anteilnahme hoch genug!

4. Die berufliche Ertüchtigung. Sorgen wir dafür, daß jeder Appenzeller den Beruf erlernen kann, zu dem ihn Neigung und Begabung

drängen. Wo finanzielle Beihilfe nötig ist, werden sie mit offener Hand gegeben. Auf lange Sicht hin lohnt sich diese Hilfe.

5. **Staatsbürgerliche Belehrung.** Unsere der Volksschule entwachsenen Jugendlichen genießen in Mittelschule, Berufs- und Fortbildungsschule staatskundlichen Unterricht. Im Alter zwischen 15 und 20 Jahren ist die Bürgerkunde darum wichtig, weil für viele Fragen erst jetzt das nötige Verständnis aufgebracht werden kann. Aber nicht nur die Schulen sollten in der staatsbürgerlichen Erziehung eine Aufgabe sehen. Die Jungbürger sollten an die Gemeindeversammlungen als Zuschauer und Zuhörer geladen werden. Zu Vorträgen und öffentlichen Versammlungen sollten sie ausdrücklich eingeladen werden. Der Vater nehme seinen Jungbürger auch an Parteiversammlungen mit und bespreche mit ihm Abstimmungsvorlagen. Möchten doch Gemeindebehörden und Vereinsvorstände diese Kleinarbeit unterstützen.

6. **Jungbürger feiern.** Vielen 18jährigen wird ein Steuerzettel zugesandt: Zahle! Welch nüchterne Aufnahme in die Reihe der Pflichtigen. Mit Ausnahme von Teufen kennt keine außerrhodische Gemeinde die feierliche Aufnahme von Jungbürgern ins Aktivbürgerrecht. Es könnten die Jungbürgerfeiern in allen Gemeinden zu einem Anlaß gestaltet werden, der ausstrahlen müßte auf jüngste und ältere Bürger. Unser Kanton schickt sich an, im Jahre 1963 die Feier «450 Jahre im Bund der Eidgenossenschaft» zu begehen. Vor 50 Jahren wurden im Lande Centenar-Linden gepflanzt. Wie wäre es, wenn wir auf 1963 die Jungbürgerfeiern Form werden ließen? Welche Gemeinden pflanzen das nächste Jahr dieses «Bäumchen»?

7. **Militärischer Nachwuchs.** Es ist erfreulich, wie viele Appenzeller Offiziere in unserer Armee werden. Leider herrscht aber Mangel an Unteroffizieren. Gewiß wäre eine Besserung zu erwarten, wenn appenzellische Arbeitgeber bei der Anstellung von jungen Leuten vermehrt auf das Bestehen einer Unteroffiziersschule achten würden.

8. **Demokratische Urzellen.** Viele Lesevereine darben heute; ehemals aber waren sie Träger kulturellen und öffentlichen Interesses in den Dörfern und den Bezirken der Gemeinden. Wird heute in den Lesevereinen der Zeit gemäß gearbeitet? Werden die Ausspracheabende, die Orientierung und Diskussion gepflegt? Werden neben eigentlichen Männerabenden auch Anlässe durchgeführt, zu denen auch Frauen und Jugendliche eingeladen sind? Die Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft sollte sich zur Aufgabe machen den Lesevereinen zu Gevatter zu stehen. Ganz allgemein wäre das Problem der Erwachsenenschulung einer eingehenden Prüfung wert.

9. **Gründung einer Appenzellischen Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Erziehung.** Der Vorstoß sei gewagt! Im Schoße der AGG sollte sich eine Arbeitsgemeinschaft von 5—7 Frauen und Männern überlegen, wo und wie staatsbürgerliche Erziehung gefördert werden könnte. Die Schaffung einer solchen Arbeitsgruppe wäre ein sinnvolles Geschenk zum Jubiläum des nächsten Jahres!

Staatsbürgerliche Erziehung ist eine ernste, aber wahrlich eine schöne Pflicht. In einer wahren Demokratie hat keiner das Recht, sich ihrer zu entziehen. Letzten Endes ist jeder als Glied des Volkes für das Ganze verantwortlich!

Die Diskussion

Das hervorragende Referat wird vom Präsidenten gebührend verdankt. Beim gemeinsamen Mittagessen eröffnet der Präsident Walter Preisig die Aussprache, indem er darauf hinweist, daß die Saffa seinerzeit einen Betrag für staatsbürgerliche Erziehung der Frauen ausgeschieden hat. Die damit betraute Kommission gab inzwischen eine kleine Staatskunde für Schweizerinnen heraus und führte Kurse für Referentinnen durch. Fräulein Clara Nef, Herisau, freut sich als Präsidentin der App. Frauenzentrale, daß die AGG das Thema der staatsbürgerlichen Erziehung aufgegriffen hat, das in so ausgezeichnete Weise behandelt wurde. Launig bemerkt die Rednerin, daß man in unserm Landsgemeindekanton vom Frauenstimmrecht auf politischer Ebene nicht reden dürfe. Die staatsbürgerliche Verantwortung sei aber eine Aufgabe der Frauen wie der Männer. Von Dr. A. Bollinger wird der Vorschlag zur Gründung einer Appenzellischen Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Erziehung aufgegriffen und beantragt, der diesbezüglichen Anregung des Referenten Folge zu geben. Der Präsident nimmt diesen Antrag zur Prüfung und weiteren Verfolgung entgegen.

Der Abschluß

Ein Schülerchor aus Waldstatt erfreut die Tagungsteilnehmer mit frisch vorgetragenen Liedern. Herr Gemeindehauptmann J. Frischknecht überbringt die Grüße der Behörde und der Bevölkerung der Tagungsgemeinde. Daß in Waldstatt der gemeinnützige Gedanke gepflegt wird, beweist nicht nur die erfolgreiche Werbung neuer Mitglieder, sondern auch die Übernahme von heimatlos gewordenen Tibetern. Diese haben sich in der Gemeinde gut eingelebt und auf ihren Arbeitsplätzen sind sie recht beliebt. Waldstatt wollte mit der Aufnahme der Flüchtlinge einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten. Vizepräsident Pfarrer Karl Stöckli verdankt dem Tagespräsidenten Gemeindehauptmann Frischknecht die genossene Gastfreundschaft in der Gemeinde Waldstatt. Mit unserm Landsgemeindelied wird auch diese Tagung geschlossen.

Der Aktuar: Richard H u n z i k e r